

## Die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017 Wahlnachtbericht und erste Analyse

### Das Ergebnis in der Übersicht (vorläufiges amtliches Endergebnis)

	CDU/CSU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AfD
Zweitstimmen	33,0%	20,5%	9,2%	8,9%	10,7%	12,6%
+ / -	-8,5%	-5,2%	0,6%	0,5%	5,9%	7,9%
Mandate (709)	246	153	69	67	80	94
+ / - (+111)	-65	-40	+5	+4	+80	+94

Wahlbeteiligung: 76,2% (+4,9%)

### Inhalt

Zusammenfassung des Wahlergebnisses.....	3
Erste Deutungen und Bewertungen .....	5
Zur politischen Stimmungslage .....	8
Wahlbeteiligung und Rückhalt der Parteien .....	13
Ausgewählte Wahltagsbefragungen.....	14
Wer wählte was? Auskünfte der Nachwahlbefragungen .....	17
Wählerwanderungen.....	21

Wahlergebnisse in den Ländern (Anteile an gültigen Zweitstimmen)								
Land	Wahlbeteiligung	CDU/CSU	SPD	LINKE	GRÜNE	AfD	FDP	Sonstige
SH	76,5%	34,0%	23,3%	7,3%	12,0%	8,2%	12,6%	2,7%
MV	70,9%	33,1%	15,1%	17,8%	4,3%	18,6%	6,2%	4,9%
HH	75,9%	27,2%	23,5%	12,2%	13,9%	7,8%	10,8%	4,5%
NDS	76,4%	34,9%	27,4%	6,9%	8,7%	9,1%	9,3%	3,6%
HB	70,7%	25,0%	26,8%	13,5%	11,0%	10,0%	9,3%	4,3%
BB	73,7%	26,7%	17,6%	17,2%	5,0%	20,2%	7,1%	6,3%
ST	68,1%	30,3%	15,2%	17,8%	3,7%	19,6%	7,8%	5,7%
BE	75,6%	22,7%	17,9%	18,8%	12,6%	12,0%	8,9%	7,0%
NW	75,4%	32,6%	26,0%	7,5%	7,6%	9,4%	13,1%	3,8%
SN	75,4%	26,9%	10,5%	16,1%	4,6%	27,0%	8,2%	6,7%
HE	77,0%	30,9%	23,5%	8,1%	9,7%	11,9%	11,6%	4,4%
TH	74,3%	28,8%	13,2%	16,9%	4,1%	22,7%	7,8%	6,5%
RP	77,6%	35,9%	24,2%	6,8%	7,6%	11,2%	10,4%	3,9%
BY	78,2%	38,8%	15,3%	6,1%	9,8%	12,4%	10,2%	7,5%
BW	78,3%	34,4%	16,4%	6,4%	13,5%	12,2%	12,7%	4,5%
SL	76,6%	32,4%	27,2%	12,9%	6,0%	10,1%	7,6%	3,9%
Bund	76,2%	33,0%	20,5%	9,2%	8,9%	12,6%	10,7%	4,9%

Die Parteien »links von der Union« SPD, LINKE und GRÜNE verlieren gemeinsam 4,1% und erreichen nur noch 38,6% der gültigen Stimmen. Der anhaltende Abwärtstrend hält an, 2017 »dank« der Schwäche der SPD. Lediglich in den drei Stadtstaaten erreichte ein solches Bündnis noch Werte an die 50%. In Brandenburg und Thüringen reicht es noch für kaum mehr als ein Drittel der Stimmen.

	Veränderung Stimmenanteile						
	CDU/CSU	SPD	FDP	LINKE	GRÜNE	AfD	»R2G«
SH	-5,2%	-8,3%	7,0%	2,1%	2,6%	3,6%	-3,6%
MV	-9,4%	-2,7%	4,1%	-3,7%	-0,1%	13,0%	-6,5%
HH	-4,8%	-8,9%	6,0%	3,4%	1,3%	3,6%	-4,2%
NDS	-6,1%	-5,6%	5,1%	1,9%	-0,1%	5,4%	-3,8%
HB	-4,2%	-8,8%	5,9%	3,4%	-1,1%	6,3%	-6,5%
BB	-8,1%	-5,6%	4,5%	-5,3%	0,3%	14,2%	-10,5%
ST	-10,9%	-3,0%	5,1%	-6,2%	-0,3%	15,4%	-9,5%
BE	-5,7%	-6,7%	5,4%	0,3%	0,2%	7,1%	-6,1%
NW	-7,1%	-5,9%	7,9%	1,3%	-0,4%	5,5%	-5,0%
SN	-15,8%	-4,1%	5,1%	-3,9%	-0,3%	20,3%	-8,3%
HE	-8,3%	-5,3%	6,0%	2,1%	-0,3%	6,3%	-3,4%
TH	-10,0%	-2,9%	5,2%	-6,6%	-0,8%	16,5%	-10,3%
RP	-7,4%	-3,3%	4,8%	1,4%	-0,1%	6,4%	-2,0%
BY	-10,5%	-4,7%	5,1%	2,3%	1,4%	8,1%	-1,0%
BW	-11,3%	-4,2%	6,5%	1,5%	2,4%	6,9%	-0,2%
SL	-5,4%	-3,9%	3,8%	2,9%	0,3%	4,9%	-0,6%
Bund	-8,6%	-5,2%	6,0%	0,6%	0,5%	7,9%	-4,1%

## Zusammenfassung des Wahlergebnisses

Die **Regierungsparteien** sind die Verlierer des Wahlabends. Sie verlieren zusammen 13,8%.

Die **Union** fährt ihr zweitschlechtestes Ergebnis in der Geschichte der Republik ein. Die CDU verliert zweistellig in Sachsen (-15,8%), in Baden-Württemberg (-11,3%), in Sachsen-Anhalt (-10,9%) und in Thüringen (-10%). Die Gründe hierfür sind auf mehreren Ebenen zu suchen: Eine weitere Kanzlerschaft von Angela Merkel galt früh als ausgemacht, der Machterhalt, der viele Unionswähler bei aller Kritik an der Partei zur Wahl motiviert, galt als sicher, warum also nicht andere Parteien im gleichen Lager stärken. Offensichtlich sind für viele Unionswähler die Übergänge nicht nur zur FDP, sondern auch zur AfD fließend. Ein weiterer Aspekt dürfte die diffuse Kernaussage der Union »Für ein Land, in dem wir gut und gerne leben« symbolisieren: Es ist eben auch in konservativen Kreisen nicht mehr klar, was darunter zu verstehen ist bzw. werden doch recht unterschiedliche Vorstellungen vermutet. Auch aufgrund der Schwäche des Konkurrenten gelang der Union keine mobilisierende politische Formierung. Die Union verliert Sachsen an die AfD.

Die **CSU** verliert in Bayern 10,5% und landet bei nur noch 38,8%, weit entfernt von der magischen, weil absolute Mehrheiten ermöglichenden 50%-Marke. Rechts von der CSU gewinnt die AfD 12,4%. Der CSU ist es nicht gelungen, durch Anschmiegen und Übernehmen die AfD klein zu halten. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums erreicht Die Linke im CSU-Land 6,1%.

Die **SPD** steht erzielt ihr historisch schlechtestes Ergebnis bei Bundestagswahlen. Sie verliert über 8% in Schleswig-Holstein und den beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen. Die SPD steht vor einem politischen Scherbenhaufen. Nichts machte dies deutlicher als die Ansage bereits gegen 18:06 am Wahlabend, geradeaus in die Opposition zu marschieren, obwohl es auch eine Mehrheit für die Fortsetzung der bisherigen Koalition und damit die Umsetzung sozialdemokratischer Politik gäbe. Sicher, es wäre eine Koalition der Verlierer. Gleichzeitig aber unterstreicht der erklärte Verzicht ohne Auslotung der Möglichkeiten, dass es der Partei an strategischer Orientierung und gesellschaftspolitischen Alternativen mangelt, für die es zu kämpfen lohnte. Der Kanzlerkandidat konnte seine Stärken, die er als »Mann aus Europa« mitbrachte, nicht einsetzen, wurde im Gegenteil auf die Rolle eines ehemaligen Bürgermeisters von Würselen reduziert. Die SPD erscheint vor Implosion nach dem Muster anderer sozialdemokratischer Parteien in Europa nicht gefeit.

Die **FDP** kehrt in den Deutschen Bundestag zurück. Dieser Erfolg ist so eng mit der Person von Christian Lindner verbunden, dass bis auf weiteres völlig unklar bleibt, wofür die Partei steht und worin sie sich von der Spekulationsblase der Westerwelle-FDP unterscheiden wird. Ihr Erfolg verdankt sich vor allem dem Bedürfnis vieler ehemaliger CDU-Wähler, eine Alternative zur AfD wählen zu können.

Die **AfD** gehört zu den eindeutigen Siegern des Wahlabends. Sie verfehlt ihr Wahlziel von 15% nur relativ knapp. In Sachsen wurde sie stärkste Partei und erreichte drei Direktmandate, in den anderen ostdeutschen Flächenländern reichte es für Platz 2 hinter der Union. Die ostdeutsche Farbenlehre hat sich komplett gewandelt. Mit der AfD zieht erstmals eine Partei rechts von der Union in den Bundestag ein. Es ist völlig unklar, welche Rolle die völkisch-nationalistischen, offen geschichtsrevisionistischen Kräfte spielen werden, die auf einen Umsturz der Grundregeln des demokratischen Zusammenlebens zielen und womöglich über eine Mehrheit in der Fraktion verfügen. Der Einzug der Partei stellt eine gewaltige Zäsur im parlamentarischen Politikbetrieb dar, deren Auswirkungen auf vielen Ebenen, der Parlamentsarbeit, der provokativen Inszenierungen, der medialen Aufmerksamkeitsökonomie, der

politischen Debattenkultur sichtbar werden. Der Erfolg der AfD war nicht überraschend nach den Erfolgen mit bundespolitischen Themen bei den vorausgegangenen Landtagswahlen. Er bestätigt, dass jene Wahlergebnisse keine einmaligen Protestergebnisse waren. Die gesellschaftspolitische Konfliktlinie, die die AfD ab 2015/2016 verstärkt verfolgt, verschafft ihr bislang ein Alleinstellungsmerkmal. Die Konfrontation in der Debatte um die Zukunft des Landes wird von den anderen Parteien angenommen werden müssen. Wo dies nicht geschieht wie etwa von der CDU in Sachsen, gewinnt die AfD erst recht. Im Osten ist sie mit 21,2% zur zweitstärksten Partei nach der Union geworden, deutlich vor Die Linke und der SPD.

Die **Grünen** gehen stabil aus der Wahl hervor. Sie erreichen mehr als die Umfragen ihnen zuvor zurechneten, die offensichtliche Orientierung ihres Spitzenduos auf eine schwarzgrüne Koalition hat ihnen in der Summe nicht geschadet, eher im Gegenteil. Sie sind die Partei eines neuen Bildungsbürgertums, wirken entsprechend polarisierend in gesellschaftlichen Debatten und bilden in vielfacher Hinsicht, vor allem hinsichtlich der soziopolitischen Milieus, den Gegenpol zur AfD. Eine Koalition mit den Grünen wird für die CDU den Graben zu den abgewanderten AfD-Anhängern jedenfalls nicht verkleinern.

**DIE LINKE** bleibt ebenfalls stabil, erreicht absolut mehr Zweitstimmen als 2013 und erzielt das zweitbeste Ergebnis der Parteigeschichte. Allerdings wird sie nicht zweistellig und auch nicht stärker als die AfD. In ihrer Wählerschaft gibt es erhebliche Veränderungen. Der Rückhalt im Osten geht deutlich zurück, auf 17,1%. Im Westen wächst die Partei auf 7,2% der gültigen Stimmen. Es gibt im Westen nennenswerte Gewinne von der SPD, die nach den vorherigen Landtagswahlen so nicht zu erwarten waren. Das verschiebt die Kräfteverhältnisse innerhalb der Partei weiter in Richtung westliche Landesverbände. Auch der überdurchschnittliche Zuspruch unter jüngeren Wählerinnen und Wähler hält an. Offensichtlich setzt sich für die Partei (nicht nur im Osten) der Trend einer wachsenden Schere zwischen den Ergebnissen in Städten und ländlichen, peripheren Regionen fort. Dazu zählt auch, dass die Partei wieder wie die frühere PDS einen überdurchschnittlichen Stimmenanteil unter Akademikern erreicht. Die Partei befindet sich im Umbruch, dieser führte unterm Strich zu keinem Einbruch, insofern war die Wahlstrategie erfolgreich. Das Ergebnis überrascht sogar insofern positiv, als die Partei frühzeitig aus dem Spiel um die Macht, um künftige Koalitionen ausgeschlossen war. Sie verliert die Position der stärksten Oppositionspartei und wird es schwerer haben, sich gegenüber den größeren Oppositionsparteien mediales Gehör zu verschaffen. Auch kann ein stabiles Ergebnis für eine Partei, die auf fortschrittliche gesellschaftliche Veränderungen setzt, nicht befriedigen, zumal auch die einzig mögliche Mehrheitsoption in weitere Ferne gerückt ist. Unter den veränderten politischen Bedingungen wird es darauf ankommen, die vorhandenen strategischen und gesellschaftspolitischen Blockaden zu überwinden, um größere politische Handlungsoptionen zu erlangen.

Die **Wahlbeteiligung** ist erneut und deutlich gestiegen, was ein gestiegenes politisches Interesse der Bürgerinnen und Bürger spiegelt. Der Anstieg verdankt sich nicht allein zuvor nichtwählenden AfD-Wählern. Ob mit der gestiegenen Wahlbeteiligung sich die soziale Schere in der Beteiligung wieder etwas geschlossen hat, bleibt zu untersuchen. In Nordrhein-Westfalen war zuletzt fast Gegenteil der Fall.

Die **Regierungsbildung** wird für Angela Merkel nicht einfach. Die Sozialdemokraten verfolgen die Strategie, die sie bereits in Nordrhein-Westfalen erprobten: die FDP und die Grünen in eine Koalition mit der Union zu zwingen. Die CDU wird im Falle einer Jamaika-Koalition die parteiidentitätspolitischen Bedürfnisse von drei kleineren Partnern befriedigen müssen. Nachhaltige Lösungen für die großen gesellschaftlichen Fragen sind da eher nicht zu erwarten.

Für SPD und Linke als **linke Oppositionsparteien** zu einer solchen Regierung böte sich die Chance, in der Opposition tatsächlich eine linke gesellschaftspolitische Alternative zu formieren. Es dürfte das auf lange Sicht letzte Zeitfenster für die Erneuerung sozialdemokratischer und linksreformistischer Politik sein.

## Erste Deutungen und Bewertungen

1. Im Deutschen Bundestag sind erstmals sieben Parteien vertreten. Neben einer großen und einer mittleren Partei finden sich fünf »kleine« Parteien. Sichtbarkeit und parteipolitische Unterscheidbarkeit werden mit Blick auf die mediale Öffentlichkeit wie mit Blick auf die eigenen Anhänger zu einem weitaus größeren Problem als bisher. Das gilt auch für die Koalitionsbildung mit drei oder gar vier Parteien. Parteipolitische Identitätspolitik, das Agieren zum »Wohl der Partei« dürfte erheblich an Gewicht gewinnen. Der mit jeder Parlamentswahl verbundene Auftrag an die im Parlament vertretenen Parteien, mit dem Wahlergebnis am Ende eine Regierung zu bilden, könnte unter diesen Umständen weiter an handlungsleitender Bedeutung verlieren.<sup>1</sup>

2. Das Wahlergebnis unterstreicht die in unseren Analysen der Bundestagswahl 2013 bereits herausgestellte Tendenz zur abnehmenden Bedeutung der Parteien, die seitens der Bevölkerung links von der Union verortet werden: SPD, Grüne und Die Linke. Die nur zufällig 2013 nochmals zustande gekommene rechnerische parlamentarische Mehrheit der rot-rot-grünen Parteien wurde ebenso wenig genutzt wie die gemeinsame Oppositionszeit unter der CDU/CSU/FDP-Regierung 2009-2013, um eine gesellschaftspolitische Alternative zum Kurs der Merkel-Regierungen aufzubauen. Dafür braucht es mehr als ein paar Gesprächsrunden und den Abgleich von Schnittmengen in den Wahlprogrammen. Ohne ein paar grundlegende gemeinsame Vorstellungen, wohin und in welchen gesellschaftspolitischen Leitplanken die bundesdeutsche Gesellschaft gesteuert werden soll in einer komplexen Weltlage und warum und wie die Zukunft besser werden kann als die Gegenwart und Vergangenheit, wird es nicht gehen. Ohne dem wird nicht zuletzt den zu erwartenden Gegenmobilisierungen nicht erfolgreich widerstanden werden können. Wer progressive Politik in diesem Land will, wird auf einen Neuanfang der und in den Parteien setzen müssen. Eine linke Opposition aus Die Linke und SPD wäre wohl eine letzte Chance, alternative Gestaltungsperspektiven auf dem Boden des bestehenden Parteiensystems zu entwickeln: wohin sollten sich das Land und seine Rolle in der Welt entwickeln.

3. Mit dem Thema »soziale Gerechtigkeit«, wie wir es aus der Vergangenheit kannten, ließ sich die Wahl nicht gewinnen. In der Interpretation des Schulz-Hypes kam eine naheliegende Variante nicht vor: Wenn Martin Schulz in der Bevölkerung – und nicht nur in linken oder sozialdemokratischen Parteikreisen - für irgendetwas bekannt war, dann für sein Eintre-

---

<sup>1</sup> So erklärten SPD-Vertreter (zunächst M. Schwesig und Th. Oppermann, wenig später M. Schulz) - ähnlich wie nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen –wenige Minuten nach der 18 Uhr-Prognose, die SPD werde in die Opposition gehen. Auch wenn man das Ergebnis am Ende teilt, so wirft der Weg dahin doch etliche Fragen auf, zu allererst diejenige nach den sachlichen, gesellschaftspolitischen oder demokratiepolitischen Differenzen zur Union, die es unmöglich machen mit ihr zu regieren und es erfordern, die Regierungsgeschäfte anderen Parteien zu überlassen muss. Die SPD hat in der Regierung halb so viel verloren wie die Union und beschließt, aus Gründen der Parteiidentität deshalb in die Opposition zu gehen. Man kann fragen, was wäre, wenn alle Parteien sich so verhalten würden? Man kann aber auch die alte Wehner'sche Weisheit vom Rausgehen und Wiederreinkommen umkehren: Wer in die Regierung geht, muss auch wissen, wie er wieder rauskommt. Der Weg entscheidet über die Zukunftsoptionen. (Natürlich kann man auch argumentieren: Angesichts des Einzugs von Nazis in den Bundestag wollen wir denen nicht die Oppositionsführerschaft überlassen. Es wäre ebenfalls kein selbstbezogenes Argument.)

ten für europäische Zusammenarbeit, gute Nachbarschaft und demokratische Weiterentwicklung der EU. Thomas Falkner schreibt: »Nach den Brexit- und der Trump-Erfahrung sowie angesichts der Sorgen um die Wahlergebnisse in den Niederlanden und Frankreich suchten damals viele Wählerinnen und Wähler links der Mitte nach einer starken Figur, die für Deutschland diesen Trends würde Paroli bieten können. Sie erwogen zeitweise sogar, deswegen Angela Merkel zu wählen. Dann kam Schulz – und es schien die Erlösung zu sein.«<sup>2</sup> Wie nun, wenn die Stimmungswelle gerade durch Erwartungen an die deutsche europäische Politik in Zeiten von Trump, Putin, Erdogan, Le Pen getragen wurde? Und in sich zusammenbrach, als er diese Stärke im Wahlkampf sorgsam versteckte? Der Schulz-Hype – die schnell enttäuschte Hoffnung, dass da einer käme mit einer Idee, wie den gewaltigen Veränderungen, die die Bürger und Bürgerinnen um sich herum wahrnehmen, europäisch und nicht im Rückzug auf die alten Nationalstaaten zu begegnen, Kontrolle (wieder) gewonnen werden könnte? (Vgl. die Umfragen zu »Weltoffenes Land oder nationale Grenzen«) Jedenfalls spielten Probleme, die die Bürgerinnen und Bürger bewegen, die Zukunft Europas, die Rolle Deutschlands gegenüber den globalen Problemen, die Bekämpfung von Fluchtursachen jenseits moralisch zwielichtiger Abkommen mit anderen Staaten eine sehr untergeordnete Rolle, das gleiche Bild, wenn man nach der weiteren Dynamik und Gestaltung der digitalen Arbeitswelt fragt. Dabei geht es jeweils weniger um fertige Konzepte, sondern um politische und moralische, wertepolitische Leitplanken, innerhalb deren die kommenden Veränderungen gehalten werden sollen, in denen eigenes Handeln stattfindet; Ordnungsvorstellungen, die den Unterschied machen, Vorstellungen, wie das von 71% der Befragten am Wahltag abgegebene Votum für ein »weltoffenes Land« umgesetzt werden kann und soll. Also Fragen wie: Wie verschafft man solchen Orientierungen dann Gestaltungskraft, wie gewinnt man überhaupt politische, demokratische Kontrolle zurück? Darüber war wenig Neues zu erfahren.

4. Die »Flüchtlingskrise« 2015/2016 hat am Umgang mit Flüchtlingen in der bundesdeutschen Gesellschaft eine aufgestaute gesellschaftspolitische Richtungsdebatte aufbrechen lassen, die eine Vielzahl von Fragen umfasst und die traditionellen Parteigrenzen durchbricht. Sie lassen sich auch nicht entlang der Grenzziehungen von sozioökonomischen Fragen und Problemen einerseits und kulturellen Unterschieden andererseits bearbeiten. Es geht im umfassenden Sinne um »Unsere Zukunft in der Welt« und das Unbehagen, welches der Status quo auslöst. Alle Umfragen, die nach den Zukunftserwartungen fragen, ergeben ein ähnliches Bild: Mehrheitlich wäre erwünscht, dass es so weiter geht wie bisher, aber was erwartet, dass es so nicht kommen bzw. gehen wird.

5. Wo etablierte Parteien dieser politischen Verunsicherung nicht gerecht werden, profitieren derzeit politische Unternehmer-Persönlichkeiten unterschiedlichster politischer Couleur, für die Parteien allenfalls noch Plattformen der eigenen Selbstinszenierung sind. Der vergleichsweise bescheidene Erfolg von Christian Lindner spricht dafür, dass das parteipolitische System in Deutschland (noch) stabiler ist als in vielen europäischen Nachbarländern. Aber neue Tendenzen, die politischen Geschicke Persönlichkeiten anzuvertrauen, sind jenseits der Lindner-FDP auch in Deutschland sichtbar, etwas in den Wahlerfolgen von Winfried Kretschmann und Malu Dreyer, insbesondere Kretschmann eine politische Figur, die nicht im Sinne der üblichen Personalisierung der Partei ein Gesicht gibt.

---

<sup>2</sup> Thomas Falkner: Bundestagswahl 2017 – ein Deutungsmuster; <https://docs.google.com/viewer?a=v&pid=sites&srcid=ZGVmYXVsdGRvbWFpbmVfYfGd4OjNjODkyYjc3ZDcwYjQxY2U>

6. Der Erfolg der AfD resultiert ebenfalls aus der unbeantworteten Verunsicherung über die Gestaltungskraft von demokratischer Politik und den Entfremdungserfahrungen zwischen der Welt der Politik und der eigenen Alltagswelt. Und mehr: Mit dem Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag ziehen nicht nur, aber eben auch offen völkisch-nationalistisches Gedankengut und seine Protagonisten ins Parlament. Jeder Bürger, jede Bürgerin konnte wissen, dass führende Personen der AfD Positionen vertreten, die einige von allen anderen Parteien getragenen Grundregeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens außer Kraft setzen wollen. Wer AfD wählte, konnte wissen, was er oder sie tat. Es führt nun kein Weg mehr an der Tatsache vorbei, dass es eine Minderheit in der Bevölkerung gibt, die einen grundlegenden politischen Kurswechsel in Richtung Nationalismus usw. unterstützt. Diese Deutsch-Nationalen und Wertkonservativen hat es zwar immer in der Gesellschaft gegeben, nicht aber als eigenständige politische Formation mit einer eigenen Dynamik.

7. Die AfD selbst hat seit ihrer Gründung mehrfach Schritte der Selbst-Radikalisierung vollzogen. Eine Konstante der bundesdeutschen Vergangenheits-Deutung ist endgültig demontiert. Es galt immer als zentrale Lehre aus dem Untergang der Weimarer Republik, dass ökonomische Krisen und hohe Arbeitslosigkeit die Demokratie gefährden und radikale Parteien nach oben spülen würden. Die AfD gewinnt entgegen diesen Erwartungen in Zeiten wirtschaftlichen Wachstums, abnehmender Arbeitslosigkeit und weit verbreiteter Zufriedenheit mit der persönlichen und allgemeinen wirtschaftlichen Lage.

8. Der Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag ist keine Überraschung. Er kündigte sich über etliche Landtagswahlen hinweg an, hat auch eher zufällig 2013 noch nicht stattgefunden. Natürlich ist die Frage, ob die Geschichte anders verlaufen wäre, wenn es statt einer Fünf- nur eine Zweiprozenthürde gäbe und die AfD im »Status Lucke« ins Parlament eingezogen wäre, rein spekulativ. Doch zeigt sich, dass die Sperrklausel nicht vor autoritären und antidemokratischen Dynamiken schützt, sie im Gegenteil womöglich gar befördert. Gescheitert sind im Bundestagswahlkampf auch all jene Strategien, die darauf zielten, dem Thema Flüchtlinge und Integration durch andere (soziale) Themen wie Mieten und Wohnen, Rente die wahlentscheidende Bedeutung zu nehmen.

9. Der Erfolg der AfD lässt sich nur sehr begrenzt sozioökonomisch mit »Verlierern« und »Abgehängten« erklären. Er offenbart vielmehr das Dilemma des kulturellen und sozialen Konservatismus, der keineswegs auf die Union begrenzt ist. Die Dynamik der (transnationalen) kapitalistisch getriebenen Veränderung – manche nennen es »die Märkte«, Marx sprach davon, alles Bestehende würde vom Heißhunger nach Profit »verdampft« - treibt Veränderungen in der Arbeitswelt, in der Lebenswelt, in den sozialstaatlichen Institutionen und fordert entsprechende Anpassungsprozesse. Politisch erscheinen sie zuweilen als Rückschritt hinter einen historisch errungenen Kompromiss zwischen Arbeit und Kapital, also hinter bestimmte sozialstaatliche Standards, Auffassungen von Solidarität, Leistungsgerechtigkeit usw.; ein ander mal als kulturelle Modernisierung im Sinne der Auflösung traditionaler, patriarchaler Bindungen an Religion, Rollenverständnisse, Familienbilder. Die SPD hat sich unter Schröder einem solchen – parteipolitisch fehlgeschlagenen – Anpassungsprozess der sozialstaatlichen Institutionen unterzogen. Die Union hörte, zumindest aus diesem Blickwinkel, unter Merkel zwecks Machterhalt auf, konservativ zu sein und begann den zweiten Anpassungsprozess auf der kulturellen und gesellschaftspolitischen Ebene (Abschaffung des obligatorischen »Dienstes am Vaterland«, des wertkonservativ-patriarchalen Frauen- und Familienbildes, Ausstieg aus der Atomkraft u.a.m.). Vormalig in dieser Partei gebundene Deutsch-Nationale und Wertkonservative, politisch Erfahrene, fühlten sich politisch entheimatet und

bildeten zusammen mit ebenso ins politische Abseits gestellten Ordoliberalen eine neue Partei.

10. Entscheidend für den Erfolg der neuen Partei war und ist, dass durch die beiden beschriebenen Anpassungsprozesse im zurückliegenden guten Jahrzehnt Lebensmodelle, Werthaltungen und Mentalitäten, die zuvor zur Normalität der Mehrheits-Mitte zählten und die Basis institutioneller Arrangements und Normen gebildet hatten, in eine Minderheiten-Position gerieten. Beide Anpassungsprozesse behaupteten sich als »alternativlos«, was den Eindruck mangelnden Gestaltungswillens der politischen Parteien vertiefte. Viele fühlten sich mit ihren Vorstellungen vom guten Leben nicht nur vom Lauf der Dinge entwertet, sondern auch von ihren politischen Vertretern verraten. Rollenbilder anderer Schichten (Stichwort »Vereinbarkeit«) wurden zu den neuen Leitbildern erklärt. Mit den zuvor historisch gewachsenen Arrangements verbunden sind individuelle und milieugebundene Lebensführungsmodelle und Mentalitäten, die sich nicht geschwind an veränderte Bedingungen anpassen (wollen und/oder mangels Ressourcen können). Statt von »Verlierern« der Modernisierung oder »Abgehängten« würde es besser von »neuen Minderheiten« gesprochen. In die Minderheit gerät man auch durch relative Einbußen an sozialem Status und politischer Bedeutung bei politischen Themensetzung und Weichenstellungen, etwa wenn

11. Beide Dynamiken zusammen: die Verunsicherung, die von einer veränderten Lage in der Welt, der globalen Probleme wie den veränderten Arbeitswelten, ausgeht; und die politische Wut, die von soziokulturellen Entwertungsprozessen und der Beharrlichkeit von Mentalitäten ausgeht; werden von der AfD in einem übersichtlichen Gesellschaftsbild zusammengebunden, mit und nach dem die Veränderungen zu bewältigen sind: Zusammengehörigkeit in Volk und Nation, Deutsche und Einheimische zuerst. Eine Alternative, die für die von der AfD motivierten Schichten anziehend wäre, ist nicht in Sicht, wodurch sich ihre Anziehungskraft weiter erhöhen kann. Im Angebot ist lediglich das Primat der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, des Wachstums und der Arbeitsplätze, als Handlungs- und Gestaltungsprinzip.<sup>3</sup>

## Zur politischen Stimmungslage

Die Wahltagsbefragungen fördern eine Vielzahl von Daten zutage, die das Wahlverhalten erklären sollen, etwa die Bewertungen von Kanzlerin und Kandidat, der Parteien und der wahlentscheidenden Themen. Sie alle sind nicht ohne Bedeutung, aber bestenfalls spontane Momentaufnahmen. Mitunter fördern die Fragen, etwa die »Welche Gründe waren für Sie wahlentscheidend?« auch eine Tendenz, sachlich-rationale Gründe zu entdecken, so dass es anschließend heißt, dieser oder jener Politikbereich sei letztlich entscheidend für den Ausgang der Wahl gewesen. An dieser Stelle soll auf einige längerfristige, seit etwa drei Jahren dominierende Trends in der politischen Problemwahrnehmung sowie Erwartungen zur gesellschaftlichen Entwicklung verwiesen werden, die als Hintergrund bedeutsam sind, um aktuelle Befragungsergebnisse besser einordnen zu können.<sup>4</sup>

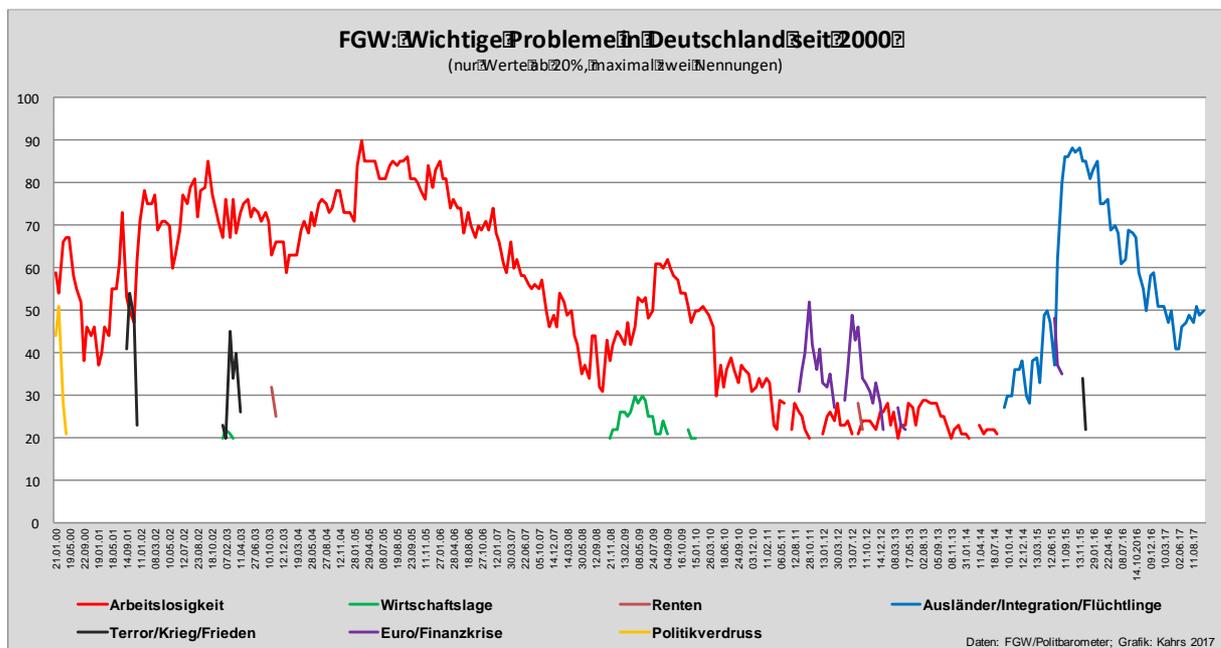
<sup>3</sup> Vgl. zu diesem Abschnitt auch Benjamin-Immanuel Hoff: Die Republik rückt nach rechts. Eine erste Betrachtung des Ergebnisses der Bundestagswahl 2017. <https://www.freitag.de/autoren/benjamin-immanuel-hoff/die-republik-rueckt-nach-rechts>

<sup>4</sup> Ausführlichere Exzerpte und Deutungen zu den nachfolgend zitierten Studien finden sich hier: <http://www.horstkahrs.de/wp-content/uploads/2017/09/2017-09-14-Ka-Stimmungslage.pdf>

## Reden Bürgerinnen und Bürger und Parteien aneinander vorbei?

1. Politische Themen waren in den vergangenen Monaten deutlich stärker Thema in den Alltagsgesprächen der Bürgerinnen und Bürger als etwa im Vorfeld der Bundestagswahl 2013. Das Institut für Demoskopie in Allensbach ermittelte für die zweite August-Hälfte 2017: Hatten in der zweiten Augushälfte 2013 nur 29% der Befragten in privaten Gesprächen über die bevorstehende Bundestagswahl gesprochen, so waren es im August 2017 45%. Die genannten Gesprächsthemen zeigen ein völlig verändertes Bild. 2013 lautete die Reihenfolge der Themen: Wetter (78%), Urlaub und Reisen (64%), Familie und Beziehung (60%), Gesundheit (57%), als erstes politisches Thema auf Platz 6: NSA-Skandal (46%). In der zweiten Augushälfte 2017 ergab sich dieses Bild: Wetter (68%), Donald Trump (65%), Flüchtlingssituation (61%), Türkei (54%), Diesel-Affäre (49%).<sup>5</sup> Dieses gestiegene Interesse an politischen Themen entwickelte sich seit der gesellschaftspolitischen Krisensituation 2015/16. Die »Vermächtnisstudie« von ZEIT, WZB und Infas erhob ihre Daten im Sommer 2015 und führt elf Monate später eine Wiederholungsbefragung durch.<sup>6</sup> Die Zustimmung zu der Aussage, es sei wichtig, sich über Politik und Kultur zu informieren, stieg deutlich (von 40% auf 48%), doppelt so stark bei den 14- bis 50jährigen, ebenfalls bei den Frauen. Es waren die mit der umkämpften Flüchtlingspolitik 2015/16 ausgelösten Debatten, die ein gestiegenes Interesse an Politik hervorriefen (was sich auch in der für Landtagswahlen hohen Beteiligung bei den Wahlen 2016/17 ausdrückte).

2. Gleichzeitig hatte sich das Themenspektrum, um welches die politischen Alltagsgespräche kreisen, grundlegend verändert. Aus den Befragungen des Politbarometers liegen Langzeitreihen der Antworten auf die Fragen, was das wichtigste Problem sei und welches Problem noch wichtig sei, seit 2000 vor. Bis 2010/11 dominierte mit dem Problem »Arbeitslosigkeit« ein innenpolitisches Thema, bei dem es um Chancen auf dem Arbeitsmarkt, Arbeitsplatzsicherheit, Einkommen, kurz um Fragen der innergesellschaftlichen sozialen Lage ging. (Bereits seit 2006 mit abnehmendem Gewicht). 2011/12 dominierte mit der Euro- und Grie-



<sup>5</sup> Thomas Petersen (Institut für Demoskopie Allensbach): Die Leute reden wieder über Politik; FAZ 7.9.2017.

<sup>6</sup> Jutta Allmendinger: Das Land, in dem wir leben wollen. Wie die Deutschen sich ihre Zukunft vorstellen; München (Pantheon) Juni 2017.

chenland-Krise ein anderes Thema, und seit Mitte 2014 ist der Themenkomplex »Ausländer/Integration/Flüchtlinge«. Seit über drei Jahren überschreiten noch »Euro-Krise« und »Terror/Krieg« die Grenze von 20%, ab der davon gesprochen werden kann, dass ein Thema breiter als in bestimmten Schichten als wichtig wahrgenommen wird. Mit Ausnahme des Themas »Rente« bei den beiden letzten aktuellen Erhebungen im September 2017 überschreitet seit Jahren kein innergesellschaftliches soziales Thema diese Grenze. Ein in die gleiche thematische Richtung weisendes Ergebnis brachte eine Untersuchung zu den Themen in der deutschen öffentlichen digitalen Sphäre, also Medien und Blogs, Youtube, Twitter, Instagram und der öffentliche Teil von Facebook, bei der auch ausgewertet wurde, wie viele Reaktionen ausgelöst wurden: »Flüchtlinge«, »Kriminalität«, »Klima/Umwelt« rangierten vorne.<sup>7</sup>

### »Wir und die Welt«

3. Die »Flüchtlingssituation« zum wichtigsten oder zumindest zweitwichtigsten Problem zu erklären, muss nicht mit einer einzigen bestimmten Haltung gegenüber Geflüchteten und Zuwanderern verknüpft sein. Aus sehr gegensätzlichen Haltungen gegenüber Flüchtlingen kann man zu der Auffassung gelangen, dass die »Flüchtlingssituation« das wichtigste Problem in Deutschland sei. Während die Haltung der Flüchtlingsabwehr mit allen damit verbundenen gesellschaftspolitischen Vorstellungen in der AfD eine politische Form gefunden hat, trifft dies für die gegenteilige Position so nicht zu; vielmehr geht in dieser Frage eher ein Riss durch die Anhängerschaften aller bisher im Bundestag vertretenen Parteien. Hierbei geht es um mehr als um pragmatische Fragen der Integration und ihrer Finanzierung: Es geht um die Ordnung und Regelwerke, nach und in denen sich die deutsche Gesellschaft entwickeln soll; es geht um ein Verständnis dafür, dass Integration eine andauernde Generationenaufgabe ist; es geht aber auch um die grundsätzliche Haltung gegenüber den europäischen Nachbarn, den globalen Problemen (Klima, Trump, Terror) und um die Rolle, die das Land in der Welt spielen soll – und wie die hervorragende wirtschaftliche Stellung gewahrt werden kann. Statt Fragen der inneren Verfasstheit beschäftigen Themen des Verhältnisses des Landes gegenüber der äußeren Umwelt die Bürgerinnen und Bürger am meisten, von der »Bekämpfung der Fluchtursachen« bis zur allgemeinen Verunsicherung über die Lage in Europa und der Welt.<sup>8</sup> Unter diesem Blickwinkel muss man sagen, dass die Wahlkampfstrategien der Bundestagsparteien dieser politischen Stimmungslage nicht gerecht wurden.

Die Problemverschiebung auf Themen des Außenverhältnisses beförderte einen strukturellen Vorteil nationaler Diskurse, angefangen vom wettbewerbspopulistischen »Wir Deutsche, die wir unsere Hausaufgaben gemacht haben« (im Gegensatz zu den Italienern, Griechen, Franzosen usw.) bis zur »Überfremdung« und angeblichen »Umvolkung«.

### Zufriedenheit ohne Zukunftshoffnungen?

4. Die weit überwiegende Mehrheit der Wahlberechtigten schätzt die allgemeine und die persönliche wirtschaftliche Lage als »gut/sehr gut« ein, ist damit »zufrieden/sehr zufrieden«. Die Hoffnung lautet, dass es so bleibt. »Kontinuität« und »Stabilität« werden mehrheitlich

<sup>7</sup> Götz Hamann: Die Oppositionsmaschine; DIE ZEIT Nr. 38/2017, 14. September 2017

<sup>8</sup> Auffällig ist, dass die Gründung der AfD unmittelbar auf die Phase folgt, in der die »Euro- und Finanzkrise« das wichtigste Problem war. Wir erleben also, wie sich nach dem Ende der Dominanz des Problems Arbeitslosigkeit, dass seine politische Form in der »Agenda 2010« einerseits und der Gründung der Partei DIE LINKE andererseits fand, neue, veränderte politische Problemwahrnehmungen politisch eigenständig formieren. Damit treten andere Fragen in den Vordergrund: die zukünftige Entwicklung der (Regeln und Ordnung der) Gesellschaft und die Rolle Deutschlands in der Welt, das Verhältnis zu anderen Staaten, zu globalen Problemen usw.

erwartet, gerade auch als Ergebnis von Politik. In diesem Klima haben es Parteien, die offensiv für Veränderungen werben, alles andere als leicht.

Im August 2017 veröffentlichte Holger Lengfeld einen »Arbeitsbericht« mit dem Titel »Abstiegsangst in Deutschland auf historischem Tiefstand«. Die Auswertung von SOEP-Daten von 1991 bis 2016 ergab, dass die »Abstiegsangst der Deutschen so gering wie seit der Wiedervereinigung« sei, »nur« (!) knapp ein Drittel Sorge sich vor dem Abstieg, die Abstiegsangst sei bereits seit Mitte der 2000er Jahre rückläufig, besonders stark nach der Rezession 2009/10 und 2016 und besonders stark in Ostdeutschland. Fazit: »Der Rückgang der Abstiegsangst betraf Frauen und Männer, verschiedene Altersgruppen und soziale Schichten in nahezu gleicher Weise. Dies zeigt: Das mentale Sicherheitsgefühl nahm, trotz objektiv weiter existierender Erwerbsrisiken und Ungleichheiten, bei allen Erwerbstätigen zu.«<sup>9</sup>

Die Auswertungen einer breit angelegten Studie zu sozialen Lebenslagen der Böckler-Stiftung resümieren den gleichen Befund, eine hohe Zufriedenheit, differenzierter: *»Die Grundstimmung der deutschen Bevölkerung ist ausgesprochen widersprüchlich. Sie schwankt zwischen weitgehender Zufriedenheit mit der aktuellen Lebenssituation und einer ausgeprägten Skepsis in Bezug auf die künftige Entwicklung. (...) Die gesellschaftliche Entwicklung im vergangenen Jahrzehnt hat zu einigen grundlegenden Veränderungen im Wertesystem der Deutschen geführt. Soziale Gerechtigkeit gehört zwar ungebrochen zum breiten Konsens der Bundesbürger, gleichzeitig ist aber ein deutlicher Bedeutungsgewinn von Eigenverantwortung und ein Bedeutungsverlust reziproker Werte wie Leistungsorientierung, Solidarität und Verantwortung für die nächste Generation feststellbar. Die Deutschen fühlen sich in einer Zeit tiefgreifender Veränderungen in der Gesellschaft zunehmend auf sich selbst zurückgeworfen. Damit korrespondiert ein Spannungsverhältnis zwischen dem sozialen Selbstbild der Befragten als empathische Akteure und einem ausgeprägten sozialen Misstrauen gegenüber anderen. Noch stärker ausgeprägt sind die Verschiebungen bei identitätsstiftenden Haltepunkten. Während Religion markant erodiert, gewinnt Nationalbewusstsein stark an Bedeutung. Die Deutschen orientieren sich dabei aber weniger an traditionalistischen Aspekten wie „Stolz auf die deutsche Geschichte“, sie gründen ihre nationale Identität vor allem auf wirtschaftliche Leistungen der Unternehmen und der Arbeitnehmer sowie auf die Errungenschaften Nachkriegsdeutschlands wie Demokratie, Gleichberechtigung und das Sozialsystem. Damit einher geht eine breite Verankerung grundlegender Prinzipien der offenen Gesellschaft. (...) Die Politik gilt als nicht ausreichend responsiv und die Demokratie teils von Partikularinteressen untergraben.«<sup>10</sup>*

Die bereits weiter oben erwähnte »Vermächtnisstudie« ermittelte, dass rund drei Viertel der repräsentativ Befragten ihre heutige Welt, die Werte und Regeln ihrer Lebensweise, bewahrt sehen wollen, diese auch an die kommende Generation weitergeben, aber erwarten, dass es anders und nicht besser kommen wird. Nur ein Sechstel erwartet, dass die eigenen Einstellungen und Vorstellungen vom Leben und der Gesellschaft auch in der Zukunft erfüllt sein werden. Und jeder zehnte Befragte will Veränderungen, hat aber kaum Hoffnung, sich damit durchsetzen zu können. *»(...) die Menschen in Deutschland (gehen) von einem gesellschaftlichen Wandel aus (...). Bei den Einstellungsverläufen sehen wir bei 90 Prozent der Menschen Veränderungen zwischen dem Heute und der erwarteten Zukunft. (...) Insgesamt ma-*

<sup>9</sup> Holger Lengfeld, Institut für Soziologie Leipzig, Arbeitsbericht Nr. 73: Abstiegsangst in Deutschland auf historischem Tiefstand. Ergebnisse der Auswertung des Sozio-Oekonomischen Panels 1991-2016, Version 21.8.2017, <http://sozweb.sozphil.uni-leipzig.de/de/institut/arbeitsberichte.html>

<sup>10</sup> Richard Hilmer, Bettina Kohlrausch, Rita Müller-Hilmer und Jérémie Gagné: Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern; Hans-Böckler-Stiftung, Working Paper Forschungsförderung Nr. 44, August 2017. Die ausgewerteten Daten wurden im Februar und März 2017 erhoben.

chen die Menschen sich also auf eine große gesellschaftliche Dynamik gefasst. (...) Das Muster antizipierte Erosion, der Zusammenprall zwischen dem persönlichen Wunsch nach Kontinuität und der festen Erwartung gesellschaftlichen Umbruchs, überwiegt bei Weitem – bei den Einstellungen wie bei den Gefühlen.«<sup>11</sup>

Die Studie »Wertewelten 4.0« im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales untersuchte, wie Erwerbstätige nicht auf die Gesellschaft, sondern auf die Arbeitswelt gestern, heute und morgen blicken und kam zu dem allgemeinen Ergebnis: »In der Wahrnehmung der Befragten hat sich seit den 90er Jahren die reale Arbeitswelt immer weiter vom Ideal einer wünschenswerten Arbeitswelt und auch dessen, was man in Deutschland unter Lebensqualität versteht, entfernt. (...) Die Wahrnehmung der Entwicklung geht demnach von einer prinzipiell positiv erlebten Situation ohne Druck und Sorgen in der Vergangenheit hin zu einer heute ambivalenten Situation, die durch Druck, Risiko und Spaltung der Gesellschaft auf negativer Seite sowie durch Konzentration auf wirtschaftlichen Erfolg auf der positiven Seite beschrieben wird. Dabei überwiegen allerdings die negativen Aspekte. (...) Die Hoffnung auf eine bessere Zukunft ist dabei im Schnitt über alle Befragten hinweg verhalten positiv. (...) Fast die Hälfte der Befragten (48 Prozent) erwartet, dass die eigene Arbeitssituation 2030 eher nah an ihrem Idealbild liegen wird, wobei jeder Sechste (17 Prozent) eine Verbesserung in Richtung Idealbild für wahrscheinlich hält. Mit Blick auf die Arbeitswelt insgesamt erwartet jeder Vierte (27 Prozent), dass diese 2030 nah an seinem Idealbild liegen wird, wobei jeder Fünfte (20 Prozent) eine Verbesserung in Richtung Idealbild für wahrscheinlich hält.«<sup>12</sup> (15/16)

5. Unterstellt man diesen und weiteren Studien ein gewisses Maß an empirischer Plausibilität, so ergibt sich bei aller Abbildung der Widersprüche im Alltagsbewusstsein mehrheitlich das Bild von großer Konsensorientierung und hohem Konservierungsbedürfnis. Für die Hälfte der Erwerbstätigen hat sich die Qualität der Arbeitswelt gegen den Zustand vor 20, 30 Jahren erheblich verschlechtert und weitere Verschlechterungen werden erwartet. Dass positive Veränderungen in Arbeitswelt und Gesellschaft durchgesetzt werden könnten, dass erwartet und erhofft, darauf setzt nur eine kleine Minderheit. Mangelnde Gestaltungskraft bzw. fehlenden Gestaltungswillen gegenüber den sich beschleunigenden Veränderungen »der Welt« wird von den politischen Parteien erwartet. Zu viele Erlebnisse mit Werksverlagerungen, Betriebsschließungen, unerfüllten Ansiedlungsversprechen und vieles mehr haben sich zu manifesten Erfahrungen und Erwartungen verdichtet. Auch linke Politik operiert vielfach aus dem Gefühl des (drohenden) Verlustes einer besseren Vergangenheit (Gegenwart) heraus, und weit weniger, weil es eine bessere Zukunft zu gewinnen gäbe. Wo Vergangenheit und Gegenwart in die Zukunft verlängert werden sollen, ist auf Veränderung gerichtete progressive Politik minoritär bzw. steht vor dem Rätsel, dass Paradoxon eines »progressiven Konservatismus« lösen zu müssen.

Weiteres kommt hinzu: 20jährige Erfahrungen mit dem Umbau des Arbeitsmarktes, der Veränderungen in der Arbeitswelt, mit dem Lob der Eigenverantwortung haben womöglich breite Spuren hinterlassen: »Soll soziale Ordnung herrschen, müssen die Massen mit ihrem Los zufrieden sein. Doch der Trend für ihre Zufriedenheit ist nicht, daß sie mehr oder weniger haben, sondern sie müssen überzeugt sein, kein Recht auf mehr zu haben.« (E. Durkheim)

<sup>11</sup> Allmendinger 2017, S. 86.

<sup>12</sup> next practice: Wertewelten Arbeiten 4.0, Studie für das BMAS, März 2016 (abrufbar auf der BMAS-Seite „Arbeiten 4.0“), S. 15/16

## Wahlbeteiligung und Rückhalt der Parteien

	Wahlbeteiligung	
	2017	Veränd.
SH	76,5%	3,4%
MV	70,9%	5,6%
HH	75,9%	5,6%
NDS	76,4%	3,0%
HB	70,7%	1,9%
BB	73,7%	5,3%
ST	68,1%	6,1%
BE	75,6%	3,2%
NW	75,4%	3,0%
SN	75,4%	5,9%
HE	77,0%	3,8%
TH	74,3%	6,1%
RP	77,6%	4,8%
BY	78,2%	8,1%
BW	78,3%	4,0%
SL	76,6%	4,1%
Bund	76,2%	4,6%

Die Wahlbeteiligung ist auf 76,2% gestiegen, obwohl die Kanzlerfrage früh entschieden war. Alle Parteien konnten, in unterschiedlichem Ausmaß, aus der höheren Wahlbeteiligung Nutzen ziehen.

Den größten Sprung machte die Wahlbeteiligung in Bayern, gefolgt von Thüringen und Sachsen-Anhalt. Es bleibt allerdings bei einer unterdurchschnittlichen Wahlbeteiligung in den ostdeutschen Ländern.

### Verankerung der Parteien

Angesichts eines Nichtwähleranteils von knapp einem Viertel verzerrt ein Wahlergebnis, welches ausschließlich die Verteilung der gültigen Stimmen misst, den Blick auf die Verankerung der parteipolitischen Präferenzen in der Wahlbevölkerung. Um diesen Rückhalt besser darstellen zu können, ist es sinnvoll, die Stimmzahl auf alle Wahlberechtigten zu beziehen.

Bundesweit würde eine Koalition von Union und SPD sich auf etwa zwei Fünftel der Wahlberechtigten stützen können, eine Jamaika-Koalition auf etwas weniger. Die rot-rot-grüne Konstellation besäße nur noch bei gut 30% der Wahlberechtigten Rückhalt.

Wahlergebnisse in den Ländern (Anteile an Wahlberechtigten)								
Land	Wahlbeteiligung	CDU/CSU	SPD	LINKE	GRÜNE	AfD	FDP	Sonstige und Nichtwähler
SH	76,5%	25,8%	17,7%	5,5%	9,1%	6,2%	9,6%	26,1%
MV	70,9%	23,2%	10,5%	12,5%	3,0%	13,0%	4,4%	33,4%
HH	75,9%	20,5%	17,7%	9,2%	10,5%	5,9%	8,1%	28,0%
NDS	76,4%	26,5%	20,8%	5,3%	6,6%	6,9%	7,0%	26,9%
HB	70,7%	17,5%	18,7%	9,4%	7,7%	7,0%	6,5%	33,0%
BB	73,7%	19,4%	12,8%	12,5%	3,7%	14,7%	5,1%	31,9%
ST	68,1%	20,3%	10,2%	11,9%	2,5%	13,2%	5,2%	36,7%
BE	75,6%	17,0%	13,3%	14,0%	9,4%	9,0%	6,7%	30,6%
NW	75,4%	24,4%	19,4%	5,6%	5,7%	7,0%	9,8%	28,1%
SN	75,4%	20,0%	7,8%	12,0%	3,4%	20,1%	6,1%	30,5%
HE	77,0%	23,4%	17,9%	6,2%	7,3%	9,0%	8,8%	27,4%
TH	74,3%	21,1%	9,7%	12,4%	3,0%	16,7%	5,7%	31,5%
RP	77,6%	27,5%	18,5%	5,2%	5,8%	8,6%	8,0%	26,3%
BY	78,2%	30,1%	11,9%	4,7%	7,6%	9,6%	7,9%	28,1%
BW	78,3%	26,7%	12,7%	4,9%	10,4%	9,4%	9,9%	26,0%
SL	76,6%	24,4%	20,4%	9,7%	4,5%	7,6%	5,7%	27,6%
Bund	76,2%	24,9%	15,5%	7,0%	6,7%	9,5%	8,1%	28,3%

Zweitstimmen Die LINKE		
	+ / -	in %
SH	40.416	48,0%
MV	-21.521	-11,5%
HH	40.629	51,9%
NDS	98.885	44,2%
HB	11.441	34,4%
BB	-55.597	-17,9%
ST	-61.320	-21,7%
BE	20.452	6,2%
NW	153.973	26,4%
SN	-68.314	-14,6%
HE	82.528	43,7%
TH	-70.432	-24,4%
RP	40.519	33,7%
BY	201.909	81,1%
BW	108.101	39,7%
SL	19.394	34,6%
Bund	541.063	14,4%

## Aspekte des Wahlergebnisses für DIE LINKE

**Direktmandate:** Die Linke verteidigt ihre vier Berliner Direktmandate erfolgreich: Stefan Liebich, Gesine Löttsch, Petra Pau und Gregor Gysi wurden erneut direkt in den Bundestag gewählt. In Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg war der Ausgang des Wettbewerbs zwischen Pascal Meiser (Linke) und Canan Bayram (Grüne) um die Ströbele-Nachfolge lange Zeit offen. Überraschend gewinnt die Partei ein fünftes Direktmandat: Sören Pellmann setzt sich im Wahlkreis 153 Leipzig II mit 25,3% gegen den CDU-Kandidaten Thomas Feist (24,6%) durch.

**Ost-West:** In den ostdeutschen Flächenländern verlor Die Linke durchweg absolut und relativ. Das politische Gewicht der ostdeutschen Landesverbände schwindet, was sich zunächst in der Zusammensetzung der neuen Bundestagsfraktion ausdrücken wird.

Berlin brachte der Partei in den reinen Ostbezirken zum Teil deutliche Zweitstimmenverluste, sie blieb aber stärkste Partei. In den Westbezirken der Stadt gewann die Partei hingegen leicht bis deutlich hinzu. In den Ost-West-Bezirken Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg wurde sie mit knapp 22% und gut 28% stärkste Partei. Berlinweit konnte das Zweitstimmenergebnis von 2013 leicht verbessern auf 18,8% und liegt damit auf Platz zwei hinter der Union (22,7%) und vor der SPD (17,9%).

Deutliche absolute und relative Gewinne erreichte die Partei in den westdeutschen Ländern und hier wiederum in den größeren Städten und Stadtstaaten. Beachtlich sind teilweise die Zugewinne an absoluten Stimmen, wobei der Zuwachs von rund 85% in Bayern herausragt. In allen westlichen Ländern steht bei der Partei nun mindestens eine sechs vor dem Komma.

## Ausgewählte Wahltagsbefragungen

### Zur Lage im Land

Die Lage im Land wurde von Infratest dimap wie folgt erhoben. 58% der Befragten meinten, dass es in Deutschland »eher gerecht« zugeht, »eher ungerecht« urteilten 38% (2013: 55% zu 40%; 2009: 39% zu 59%). Gleichzeitig urteilten aber 79%, dass »der Wohlstand in Deutschland nicht gerecht verteilt« sei und 88% waren der Auffassung, dass sich »die Bundesregierung nicht ernsthaft bemüht (hat), den Wohlstand fairer zu verteilen.

16% aller Befragten stimmten der Aussage zu: »Im Vergleich zu anderen hier in Deutschland fühle ich mich eher benachteiligt.«, unter den Wählern und Wählerinnen von Die Linke lag die Zustimmung bei 25%, unter denen der AfD bei 42%.

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen			
Wie beurteilen Sie die Wirtschaftslage im Land?			
	gut	teils/teils	schlecht
2017	62%	30%	7%
2013	46%	45%	9%
Wie ist Deutschland auf die Zukunft vorbereitet?			
	eher gut		eher schlecht
2017	52%		42%
2013	68%		27%

70% aller befragten Wählerinnen und Wähler machten sich »große Sorgen«, dass »unsere Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet«. Sozialer Zusammenhalt, Zugehörigkeit und Gemeinschaft

sind ein wichtiger Wert in der Bevölkerung. Die Grenze zwischen solidarischer Vielfalt und soziokultureller Homogenität beim Zusammenhalt sind dabei fließend ebenso wie die Grenze zwischen Differenz, sozialen Unterschieden und Spaltung gezogen wird.

## Ansichten zu und über Parteien

Die abgefragten Ansichten zu den einzelnen Parteien unterstreichen, dass die AfD wie ein politischer Magnet auf Wähler und Wählerinnen mit wertkonservativen Einstellungen wirkt, die Veränderungen durch Zuwanderung, aber auch durch globale (wirtschaftliche) Verflechtungen und offene Grenzen befürchten. »Sicherheit und Ordnung« zu gewährleisten stellt für sie eine, wenn nicht die zentrale staatliche Aufgabe dar.

Umfragen zur AfD Quelle: Infratest dimap		
	Alle Befragten	AfD-Wähler
»Die AfD hat besser als andere verstanden, dass sich viele Menschen nicht mehr sicher fühlen.«	49%	99%
»Finde es gut, dass sie den Einfluss des Islam in Deutschland verringern will.«	37%	99%
»Finde es gut, dass sie den Zuzug von Flüchtlingen stärker begrenzen will.«	35%	96%
»Distanziert sich nicht genug von rechtsextremen Positionen.«	86%	55%
»Ist die einzige Partei, mit der ich meinen Protest ausdrücken kann.«		85%
<b>»Ich mache mir große Sorgen, dass ...«</b>		
»wir einen Verlust der deutschen Kultur erleben.«		95%
»sich unser Leben in Deutschland zu stark verändern wird.«		94%
»der Einfluss des Islam in Deutschland zu stark sein wird.«		92%
»unsere Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet.«		91%
»die Kriminalität künftig massiv zunimmt.«		91%
<b>»Sehr wichtig für meine Wahlentscheidung«</b>		
Terrorismusbekämpfung		69%
Kriminalitätsbekämpfung		61%
Zuwanderung von Flüchtlingen		60%
<b>Ansichten zum Thema Flüchtlinge</b>		
»Abgelehnte Asylbewerber sollen schneller abgeschoben werden.«		100%
»Habe Sorge, dass der Einfluss des Islam immer stärker wird.«		97%
»Habe Sorge, dass sich unser Land durch Flüchtlinge zu sehr verändert.«		97%
»Die Zahl der Flüchtlinge sollte auf Dauer begrenzt werden.«		89%
»Für die Integration von Flüchtlingen muss mehr getan werden.«		51%
<b>Kompetenzen der eigenen Partei</b>		
Kriminalitätsbekämpfung		82%
Flüchtlingspolitik		78%
Terrorbekämpfung		62%
soziale Gerechtigkeit		53%
Familienpolitik		48%
<b>Wahlentscheidung erfolgte aus</b>		
Überzeugung für meine Partei	63%	29%
Enttäuschung über andere Parteien	32%	59%

Gewisse Überschneidungen zwischen AfD- und FDP-Anhängerschaften deuten sich bei der Alternative weltoffenes Land vs. Nationale Grenzen an. Zwar spricht sich auch eine Mehrheit der FDP-Wähler für ein weltoffenes Land aus, jedoch in deutlich geringerem Umfang als bei den bisherigen Bundestagsparteien.

Die AfD-Wähler und -Wählerinnen unterscheiden sich sehr deutlich von denjenigen anderer Parteien. Auch ist sie die Partei, die am stärksten aus Enttäuschung über andere Parteien gewählt wird (Werte für DIE LINKE: 54% aus Überzeugung und 39% aus Enttäuschung über andere Parteien). Interessant ist, dass die AfD-Anhänger für eine dauerhafte Begrenzung der

<b>Parteivergleich</b>							
Infratest dimap							
	Union	SPD	AfD	LINKE	GRÜNE	FDP	Keine
Welche Partei betreibt am ehesten eine gerechte Flüchtlingspolitik?	38%	20%	8%	7%	7%	5%	14%
Welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, die Wirtschaft in Deutschland voranzubringen?	57%	17%				9%	10%
Welche Partei sorgt am ehesten für soziale Gerechtigkeit?	23%	38%		16%			10%
Welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, Terrorismus zu bekämpfen?	51%	14%	7%				18%
<b>Weltoffenes Land oder nationale Grenzen</b>							Alle Befragten
Weltoffenes Land	79%	82%	14%	81%	93%	61%	
nationale Grenzen	20%	17%	85%	18%	7%	37%	
<b>Zufriedenheit mit Merkels Flüchtlingspolitik</b>							
zufrieden	66%	48%	0%	38%	78%	37%	45%
nicht zufrieden	34%	52%	100%	62%	22%	63%	55%
<b>Persönliche wirtschaftliche Situation</b>							
gut	90%	82%	73%	76%	88%	89%	
schlecht	8%	17%	26%	23%	11%	10%	
<b>Zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie</b>							
zufrieden	89%	75%	20%	61%	81%	71%	70%
nicht zufrieden	11%	25%	80%	38%	19%	29%	30%
<b>Stimmenanteile bei Wählern mit schlechter wirtschaftlicher Situation</b>							
	19%	23%	23%	14%	7%	7%	
<b>Stimmenanteile der Parteien nach Bildung</b>							
Einfache Bildung	39%	26%	14%	6%	4%	8%	
Hohe Bildung	31%	18%	9%	10%	14%	13%	

Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge eintreten, aber gleichzeitig meinen, für die aufgenommenen müsse mehr für die Integration getan werden. Bemerkenswert ist vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte auch die anhaltende politische Infamie vieler AfD-Wählerinnen und Wähler: 55% vertreten die Auffassung, die Partei grenze sich nicht genügend gegen Rechtsextreme ab, wählen also bewusst eine gegenüber Rechtsextremen offene Partei.

## Wer wählte was? Auskünfte der Nachwahlbefragungen

### Bildung

Wahlverhalten nach Bildungsabschluss							
Daten der Forschungsgruppe Wahlen							
	CDU/CSU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AfD	Sonstige
<i>Wahlergebnis</i>							
2002	38,5	38,5	4,0	8,6	7,4		3,0
2005	35,2	34,2	8,7	8,1	9,8		4,0
2009	33,8	23,0	11,9	10,7	14,6		6,0
2013	41,5	25,7	8,6	8,4	4,8	4,7	6,3
2017	32,8	20,7	9,0	9,1	10,4	13,2	4,8
<b>Hauptschule</b>							
2002	41	44	2	4	6		3
2005	38	38	5	5	8		6
2009	37	28	11	5	13		6
2013	46	30	7	4	3	3	7
2017	37	29	6	4	7	14	3
<b>Mittlere Reife</b>							
2002	39	37	5	7	8		4
2005	35	33	10	7	10		5
2009	34	21	14	9	15		7
2013	43	25	10	6	4	6	6
2017	34	20	9	6	9	17	5
<b>Hochschulreife</b>							
2002	34	38	4	13	9		2
2005	31	34	9	13	11		2
2009	30	21	11	16	16		6
2013	39	24	8	12	5	5	7
2017	32	18	10	11	12	11	6
<b>Hochschule, Uni</b>							
2002	34	30	7	18	9		2
2005	33	29	10	15	12		1
2009	31	20	10	18	15		6
2013	37	23	9	15	7	5	4
2017	30	17	11	18	14	7	3

Datenstand: 24.09.2017, 21:00, Ergebnis: ZDF-Hochrechnung 21:00

Das Wahlverhalten unterscheidet sich nach Grad des Bildungsabschlusses stark. Union und SPD erzielen trotz starker Verluste unter Hauptschülern immer noch überdurchschnittliche Ergebnisse, alle anderen Parteien außer der AfD unterdurchschnittliche. Die AfD ist vor allem unter Wählerinnen und Wähler mit einer »mittlere Reife« stark vertreten, bei Abiturienten und Hochschulabsolventen aber deutlich unterdurchschnittlich. Umgekehrt sind FDP, Grüne und Linke unter Personen mit höheren Bildungsabschlüssen überdurchschnittlich

Differenz Hauptschule - Hochschule/Uni							
	CDU/CSU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AfD	Sonstige
2002	7	14	-5	-14	-3		1
2005	5	9	-5	-10	-4		5
2009	6	8	1	-13	-2		0
2013	9	7	-2	-11	-4	-2	3
2017	7	12	-5	-14	-7	7	0

beliebt. Bei den Grünen verstärkt sich der Charakter der Partei eines neuen Bildungsbürgertums wieder. Bei der Linken hat der Anteil der Hochschulabsolventen gegenüber den Hauptschülern nochmals zugenommen. Ähnlich sind die Zahlen von Infratest dimap, die eine Dreiteilung bevorzugen:

	CDU/CSU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AfD	Sonstige
<b>Daten Infratest dimap</b>							
<b>Bildung niedrig</b>							
2005	38	38	8	4	8		4
2009	36	29	12	5	13		5
2013	45	31	7	3	4	4	6
2017	37	27	6	4	8	14	4
<b>Bildung mittel</b>							
2005	35	34	9	7	10		5
2009	36	21	13	9	15		6
2013	43	25	10	7	4	5	6
2017	32	21	10	6	9	17	5
<b>Bildung hoch</b>							
2005	32	31	9	14	12		2
2009	29	21	11	17	16		6
2013	38	24	8	13	6	5	6
2017	29	18	10	14	14	9	6

<b>Differenz Bildung niedrig - Bildung hoch</b>							
	CDU/CSU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AfD	Sonstige
2005	6	7	-1	-10	-4		2
2009	7	8	1	-12	-3		-1
2013	7	7	-1	-10	-2	-1	0
2017	8	9	-4	-10	-6	5	-2

Die Daten bestätigen, dass vor allem Wahlberechtigte im Erwerbsalter mit mittleren (Fachlehr-)Qualifikationen überdurchschnittlich zur AfD-Wahl neigen, diejenigen mit hohe Qualifikationen, die auch transnational verwertbar sind (transnationale Arbeitsmärkte, transnationale Kompetenzen wie etwa Sprache) stark unterdurchschnittlich die AfD wählen. Dabei geht es auch um Verlust- und Entwertungserfahrungen (der relative Statusverlust der eigenen Qualifikation und sozialen Position in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung), vermutlich aber mehr noch um die wahrgenommenen Handlungs- und Mobilitätshorizonte: Wer sich vor allem regional eingebunden sieht, setzt eher auf nationalstaatliche Regelwerke und umgekehrt.

## Alter und Geschlecht

Das Wahlverhalten von Männern und Frauen unterscheidet sich für SPD und LINKE nicht, wohl aber für Union und Grüne mit höherer Zustimmung bei Frauen einerseits und FDP und AfD mit höherer Zustimmung bei Männern andererseits. Insbesondere Union und AfD präsentieren sich hier spiegelverkehrt. Weder bei Männern noch bei Frauen kommen die drei Parteien links der Union deutlich über die 40%-Marke hinaus.

Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht							
	CDU/CSU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AfD	Sonstige
Männer	30%	21%	9%	8%	12%	16%	4%
Frauen	37%	21%	9%	11%	9%	9%	4%
Differenz F-M	7%	0%	0%	3%	-3%	-7%	0%
unter 30 Jahre	25%	19%	11%	12%	13%	11%	9%
30-44 Jahre	31%	17%	9%	11%	10%	16%	6%
45-59 Jahre	32%	21%	9%	11%	10%	15%	2%
60 Jahr u. älter	41%	25%	9%	5%	9%	10%	1%
Diff. Jung-alt	-16%	-6%	2%	7%	4%	1%	8%

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Datenstand 24.09.2017, 22:10

Bei den vier Altersgruppen – die Lebensphasen idealisierend: Ausbildung und Einstieg ins Erwerbsleben; Etablierung und Familiengründung; Erwerbsphase nach der Kindererziehung; Rentenphase – zeigen sich die aus früheren Wahlen bekannten Tendenzen: Union und SPD bleiben stark bei den über 60jährigen Wählern und schwach bei den jüngeren, insbesondere die Union erreicht nur noch 25% bei den unter 30jährigen. Die Linke legt bei den unter 30jährigen deutlich zu. Die AfD hat ihre überdurchschnittlichen Werte bei den 30-60jährigen, Wählern und Wählerinnen, die »mitten im Erwerbsleben« stehen.

Die drei Parteien links der Union erzielen in keiner Altersgruppe deutlich mehr als eine 40%ige Zustimmung.

## Berufsgruppe / Tätigkeit

Anmerkung: Die Forschungsgruppe Wahlen unterscheidet bei den Berufsgruppen nicht nach dem Erwerbsstatus, in der Berufsgruppe „Arbeiter“ sind auch die verrenteten und arbeitslosen Arbeiter enthalten. Infratest dimap wiederum unterscheidet die „Tätigkeit“ als Arbeiter von der des Angestellten usw. und weist Rentner und Arbeitslose gesondert aus.

Union und SPD erreichen bei Arbeiter und Angestellten annähernd die Zustimmungswerte wie 2009. Die zwischenzeitliche Rückkehr 2013 hält nicht an. Von der Abwendung erwerbstätiger Arbeiter und Angestellter von den beiden alten Volksparteien profitieren 2017 vor allem AfD und FDP. Die Linke verliert ebenfalls an Zustimmung unter Arbeitern und Arbeitslosen.<sup>13</sup>

<sup>13</sup> Zur Aussagekraft solcher Erhebungen und was unter »Arbeiter« verstanden wird siehe Horst Kahrs: Bewegung und Stabilität. Die Landtagswahlen 2014-2017; rls-online publikation Juli 2015

<b>Wahlverhalten nach Berufsgruppen und Berufsstatus</b>							
	CDU/CSU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AfD	Sonstige
<b>Wahlergebnis</b>							
2002	38,5	38,5	4,0	8,6	7,4		3,0
2005	35,2	34,2	8,7	8,1	9,8		4,0
2009	33,8	23,0	11,9	10,7	14,6		6,0
2013	41,5	25,7	8,6	8,4	4,8	4,7	6,3
2017	32,9	20,5	9,2	8,9	10,7	12,6	5,2
<b>Daten und Kategorien Forschungsgruppe Wahlen</b>							
<b>Berufsgruppe Arbeiter</b>							
2002	37	44	4	4	7		4
2005	32	37	12	5	8		6
2009	31	25	16	7	13		8
2013	38	30	12	5	3	5	7
2017	30	24	10	5	7	19	5
<b>Berufsgruppe Angestellte</b>							
2002	35	41	4	10	7		3
2005	35	35	9	9	9		3
2009	33	24	12	12	15		4
2013	41	27	8	10	5	5	4
2017	34	22	9	10	10	11	4
<b>Erwerbstätige</b>							
2002							100
2005	33	34	8	9	10		6
2009	32	21	12	12	16		7
2013	40	25	8	10	5	5	7
2017							100
<b>Arbeitslose</b>							
2002	27	41	10	9	8		5
2005	20	33	25	7	7		8
2009	16	19	31	11	9		14
2013	22	25	21	10	2	7	13
2017							100
<b>Rentner</b>							
2002	44	40	5	4	6		1
2005	41	35	8	5	9		2
2009	41	29	11	5	12		2
2013	48	29	9	5	4	4	1
2017							100
<b>Daten und Kategorien Infratest dimap</b>							
<b>Erwerbstätige Arbeiter</b>							
2005	30	37	12	5	8		8
2009	28	24	18	7	13		10
2013	35	27	13	5	3	6	11
2017	25	23	10	5	8	22	7
<b>Erwerbstätige Angestellte</b>							
2005	32	36	7	11	11		3
2009	33	21	11	14	16		5
2013	39	26	8	11	5	5	6
2017	31	20	9	11	11	13	5
<b>Arbeitslose</b>							
2005	23	31	24	6	8		8
2009	22	23	25	9	10		11
2013	24	26	23	8	4	3	12
2017	20	23	11	7	6	22	11
<b>Rentner</b>							
2005	42	36	8	4	9		1
2009	40	29	12	5	13		1
2013	49	28	8	4	5	4	2
2017	41	24	8	6	9	11	1

Differenz Berufsgruppe Arbeiter - Wahlergebnis							
	CDU/CSU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AfD	Sonstige
2002	-2	6	0	-5	0		1
2005	-3	3	3	-3	-2		2
2009	-3	2	4	-4	-2		2
2013	-4	4	3	-3	-2	0	1
2017	-3	4	1	-4	-4	6	0

Differenz Erwerbstätige Arbeiter - Wahlergebnis							
	CDU/CSU	SPD	LINKE	GRÜNE	FDP	AfD	Sonstige
2005	-5	3	3	-3	-2		4
2009	-6	1	6	-4	-2		4
2013	-7	1	4	-3	-2	1	5
2017	-8	3	1	-4	-3	9	2

Betrachtet man das Wahlverhalten derjenigen Personen, die sich bei den Befragungen selbst als Arbeiter einstufen im Verhältnis zum Wahlergebnis, so ergeben sich für SPD und Linke noch positive Abweichungen für die Wahlergebnisse unter Arbeitern, die aber aktuell von der AfD überboten werden. Die »bürgerlichen« Parteien erzielen unter Arbeitern anhaltend unterdurchschnittliche Ergebnisse.

## Wählerwanderungen

Die Berechnungen zu den Wählerwanderungen beruhen auf Selbstauskünften der Befragten und unterstellen neben wahrheitsgemäßen Angaben auch ein entsprechendes Erinnerungsvermögen. Eine im August 2017 veröffentlichte Wiederholungsbefragung von YouGov des Befragungspanels von 2013 ergab, dass fast 40% 2017 ihr Wahlverhalten von 2013 nicht mehr richtig erinnerten oder wiedergaben. Die im folgenden wiedergegebenen Zahlen unterstellen also neben der wahrheitsgemäßen Angabe auch eine Gleichverteilung der Erinnerungslücken über alle Parteien ...

	Nettowanderungen zur		Nettoverluste der ... an			
	Nichtwähler	Verteilung	Union	Verteilung	SPD	Verteilung
Union	240.000	8%				
SPD	310.000	10%	20.000	1%		
LINKE	230.000	7%	70.000	3%	380.000	22%
GRÜNE	220.000	7%	50.000	2%	400.000	23%
FDP	670.000	22%	1.330.000	51%	430.000	25%
AfD	1.280.000	41%	1.070.000	41%	500.000	29%
Andere	150.000	5%	70.000	3%		
	3.100.000	100%	2.610.000	100%	1.710.000	100%

Quelle: Infratest dimap, 22:30

Infratest dimap berechnete die Verteilung der Nettogewinne der Parteien bei Nichtwählern mit insgesamt 3,1 Mio. Stimmen. Zwei Fünftel entfielen davon auf die AfD und ein gutes Fünftel auf die FDP, den Rest teilten sich die anderen Parteien, wobei die Gewinne der SPD etwas hervorstechen.

Ein weiterer interessanter Aspekt ist die Frage, wohin die Verluste der Regierungsparteien im Saldo der Wanderungen zwischen Parteien gegangen sind. Über 90% der Stimmenverluste der Union gehen an FDP und AfD. Bei der SPD ergibt sich eine annähernde Gleichverteilung von je einem Viertel auf Linke, Grüne FDP und AfD, wobei jedoch die Verluste an Linke und Grüne zusammen in der Minderheit sind gegenüber denen an Parteien rechts von der SPD.

<b>Woher kommen die Wähler der ...?</b>		
Wähler der ... heute haben 2013 gewählt		
	AfD	FDP
CDU/CSU	21%	33%
SPD	10%	12%
Linke	6%	2%
Grüne	1%	3%
FDP	3%	23%
AfD	24%	2%
Andere/Nichtwahl	35%	26%

Forschungsgruppe Wahlen, 22:30

Die Forschungsgruppe Wahlen errechnete die Zusammensetzung der Anhänger der beiden neu im Parlament vertretenen Parteien. Jeweils 17% der Stimmen für die FDP und die AfD kamen von Parteien links von der Union. Insbesondere bezüglich der AfD-Stimmen gilt: Es bleibt offen, inwieweit die Veränderungen jetzt nicht bereits bei den vorherigen Landtagswahlen vollzogen wurden, also in welchem Umfang bereits vollzogene Parteiwechsel jetzt auch auf der Bundesebene sichtbar werden.

---

#### »Wahlbericht«

Die »Wahlbericht« sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs. Sie erscheinen seit der Europawahl 2004 zu Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen. Die jeweiligen Autoren geben ihre persönliche Meinung wieder.

Die Analysen entstehen in der jeweiligen Wahlbericht und basieren auf den zu diesem Zeitpunkt vorliegenden eigenen Erkenntnissen und vor allem der Wahlberichterstattung von Infratest dimap für die ARD und der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF. Das Zustandekommen der Umfrageergebnisse und ihre methodologische Basis ist für die Autoren der »Wahlbericht« nicht überprüfbar, auf die Einhaltung der üblichen wissenschaftlichen Standards wird vertraut. Insofern stehen die Bewertungen in den Wahlbericht unter diesem Vorbehalt.

Ältere Ausgaben der Wahlbericht sowie weitere Texte zu Wahlen, Struktur und Entwicklung der Wähler/-innenschaft etc. finden sich u.a. hier:

<http://www.benjamin-hoff.de>; <http://www.horstkahrs.de>;  
<https://www.rosalux.de/staatdemokratie/parteienwahlanalysen.html>

Der Autor: *Horst Kahrs* ist Sozialwissenschaftler, arbeitet zu den Themen Klassen und Sozialstruktur, Demokratie und Wahlen und ist am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Lohn und Brot. Kontakt: [Horst.Kahrs@rosalux.org](mailto:Horst.Kahrs@rosalux.org).